



## Bundesregierung muss in Insolvenzverfahren bei Schlecker eingreifen

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 01. März 2012

**„Schlecker braucht ein anderes Zukunftskonzept, eines das nicht auf den Kahlschlag der Filialen und Arbeitsplätze setzt. Zusammen mit den Beschäftigten, ihrer Gewerkschaft und anderen Akteuren wie etwa den Kommunen muss geprüft werden, inwiefern das Unternehmen zu einem modernen Nahversorger mit starker Belegschaftsbeteiligung ausgebaut werden kann. Dafür kann es dann auch staatliche Hilfen geben. Bei den Banken ist die Regierung schließlich auch nicht knauserig“, erklärt Sabine Zimmermann zur Debatte um die Zukunft der Drogerie-Kette Schlecker. Die Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Wochenlang hat die Bundesregierung bei der Schlecker-Insolvenz zugeschaut und die Beschäftigten im Regen stehen lassen. Damit muss Schluss sein. Das Feld darf nicht allein dem Insolvenzverwalter und Gläubigern überlassen

werden. Es geht um zehntausende Verkäuferinnen und ihre Familien. Es ist nicht hinnehmbar, die profitablen Teile Schleckers an einen neuen Investor zu verschern, die Kosten für Filialschließungen und Arbeitslosigkeit aber den Beschäftigten und der Allgemeinheit aufzubürden.“